



Szenen in einem Kinderheim: Harte Arbeit stand ebenso auf der Tagesordnung wie das anscheinend gemütliche Beisammensein. Doch der Schein trügt, jahrelang wurden in vielen Erziehungsheimen in Westdeutschland junge Menschen schwer misshandelt. Erst Ende 2008 befasste sich der Bundestag mit der Aufarbeitung dieses unrühmlichen Stückes deutscher Geschichte. Fotos: R. Flader (1), privat (4)

Verdrängen. Schweigen. Das ganze Leben lang.

Das Schicksal von ehemaligen Heimkindern beschäftigte vor dreieinhalb Jahren erstmals den Deutschen Bundestag. Die Geschichte von Ernst-Christoph Simon.

VON ROBERT FLADER

Würselen. Reden? Ernst-Christoph Simon würde nichts lieber tun, doch erst einmal möchte er ein Bild zeigen. Auf der alten Schwarz-Weiß-Aufnahme ist der ehemalige Bundeskanzler Konrad Adenauer zu sehen, umringt von einem Dutzend Kinder im Erziehungsheim von Niederdollendorf, in der Nähe von Bonn. Das Foto ist auf den 24. Dezember 1955 datiert, und man sieht ausschließlich strahlende Menschen, jung (die Kinder) und alt (den Bundeskanzler). Warum auch nicht, es ist schließlich Heiligabend. Der Regierungschef gibt sich in Zeiten des Wirtschaftswunders volksnah und zeigt sich umgeben von einer heilen Welt. Seine Botschaft: Seht her, uns allen geht es zehn Jahre nach Kriegsende wieder ganz gut.

Diese Welt aber, und jetzt beginnt Ernst-Christoph Simon zu sprechen, ruhig und mit leiser Stimme, diese Welt habe es so nie gegeben. Nicht vor und nicht nach Adenauers Besuch. „Die heile Welt der Kinderheime wurde allen vorgegaukelt, vor allem den Eltern.“ Es sei anders gewesen: „Einfach schlimm.“

Die Mutter ahnte nichts

Der Würselener Simon kann das ganz gut beurteilen. Er, Jahrgang 1948, lebte seit 1954 mit seinem ein Jahr jüngeren Bruder Thomas-Rainer in jenem Heim in Niederdollendorf – es sollten zwei schwere Jahre werden. Danach ging es nach Waldbröl, in ein anderes Kinderheim. Seine alleinerziehende Mutter, die vom geschiedenen Vater keinen Unterhalt bekam und viel arbeiten musste, wusste nicht, welche Dramen sich in Wirklichkeit hinter den Türen abspielten.

Das Schicksal der Simons steht stellvertretend für das Tausender in ganz Deutschland. Denn was viele Heranwachsende während der Nachkriegsjahre in Heimen durchmachten, „das“, so drückt es Simon aus, „hatte nichts mit guter Erziehung zu tun. Es kam oft vor, dass wir in den dunklen Kohlekeller gesperrt wurden, kein Essen bekamen und die Toiletten nicht benutzen durften.“ Wenn sie deswegen ins Bett machten, schlug der Hausmeister die Jungen mit einem Gummiknüppel windelweich. Simon erschauert bei diesen Erzählungen. Immer noch.

Und jetzt, ein halbes Jahrhundert nach den Qualen, setzt sich Simon in der erst vor kurzem gegründeten „Anlaufstelle für ehemalige Heimkinder“ für Betroffene ein. Er will helfen, vermitteln. „Hauptsache etwas tun“, sagt er.

Bis zu 800000 Kinder lebten zwischen 1949 und 1975 in Heimen der jungen Republik. Misshandlungen, Strafarbeit, Hunger und Einschüchterung im Rahmen der brutalen Erziehungsmethode „Schwarze Pädagogik“ standen auf der Tagesordnung. Und es waren

nicht nur Waisenkinder von Kriegsoffizieren oder Scheidungskindern wie die Simons, oft waren Mütter und Väter in den Trümmerruinen einfach überfordert oder litten unter Geldmangel. Oder beides. Der Weg ins Heim, für viele Eltern war er der letzte Ausweg.

Doch was für Menschen wie den heute 64-jährigen Simon noch schlimmer ist als die Erinnerung an die körperlichen und seelischen

„Die meisten wollen keine Therapieangebote. Sie wollen eine Entschädigung.“

ERNST-CHRISTOPH SIMON, EHEMALIGES HEIMKIND

Erniedrigungen: Bis vor kurzem spielte die Aufarbeitung dieses „schwarzen Kapitels deutscher Geschichte“ (Simon) keine Rolle in der Politik. Zwar wurden Ende der 60er, Anfang der 70er Jahre die ersten der insgesamt 3000 Heime wegen sinkendem Bedarf und steigender Kritik an den Erziehungsmethoden geschlossen, doch wirkliche Konsequenzen, geschweige denn eine Rehabilitierung von ehemaligen Heimkindern, waren auf politischer Ebene im Grunde keine Option. Fast 40 Jahre lang.

Erst im November 2008 empfahl der Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages, einen Runden Tisch einzurichten, der die Geschehnisse in der Heimerziehung im westlichen Nachkriegsdeutschland aufarbeiten sollte. Die erschreckenden Ergebnisse wurden in Form eines Abschlussberichtes zwei Jahre später – und fast auf den Tag genau 55 Jahre nach dem Besuch Adenauers bei den Niederdollendorfer Kindern – veröffentlicht.

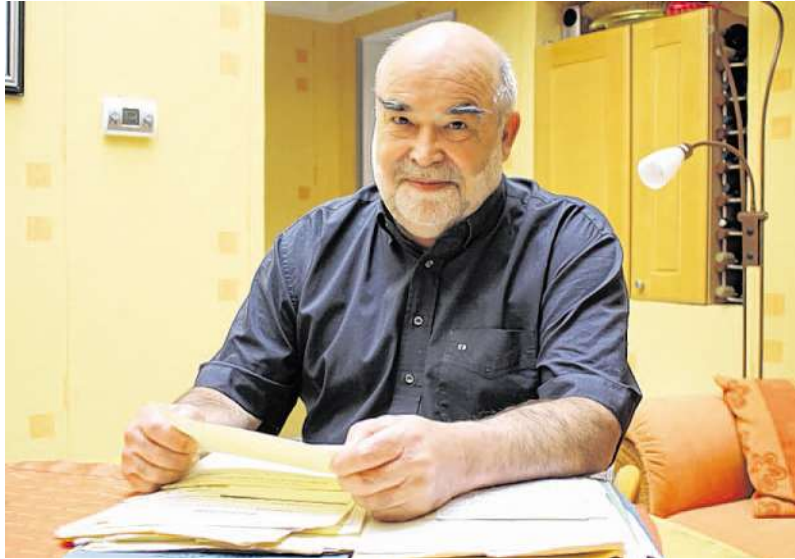
„Für Betroffene ist die Vorstellung, im Alter wieder in ein Heim zu müssen, der blanke Horror.“

PETER MÖLLER, ANLAUFSTELLE FÜR EHEMALIGE HEIMKINDER

Darin heißt es: „In der Heimerziehung der frühen Bundesrepublik wurden die Rechte der Heimkinder durch körperliche Züchtigungen, sexuelle Gewalt, religiösen Zwang und Arbeitszwang massiv verletzt.“ Die Prügelstrafe sei damals zwar erlaubt gewesen, aber: „Die Vorgänge waren auch nach damaliger Rechtslage und deren Auslegung nicht mit dem Gesetz und nicht mit pädagogischen Überzeugungen vereinbar gewesen“, heißt es in dem Bericht weiter. Und: „Nach den vorliegenden Erkenntnissen gibt es Zweifel daran, dass diese Missstände ausschließlich in individueller Verantwortung einzelner mit der pädagogischen Arbeit beauftragter Personen zurückzuführen sind.“ Als Verantwortliche für das den Heimkindern zugefügte Leid sah der Runde Tisch „Vormünder, Pfleger, Jugendbehörden, kommunale und kirchliche Heimträger, aber auch Eltern bis hin zur

schweigenden Öffentlichkeit.“ Zuhause liest sich Simon diese Passagen immer und immer wieder durch, dann stockt ihm kurz die Stimme, bevor er kaum hörbar diesen einen Satz sagt: „Wir haben uns so hilflos, so überflüssig gefühlt.“ Hilflös, weil weit und breit kein Beistand in Sicht war. Den Eltern wurde bei Besuchen erzählt, den Kindern gehe es gut. Überflüssig, „weil wir wie Menschen zweiter Klasse behandelt wurden und danach Schwierigkeiten hatten, im Arbeitsleben Fuß zu fassen.“

Nachdem seine Mutter herausfand, dass die Zustände in Waldbröl kaum erträglicher waren und



Nachdenklich: Ernst-Christoph Simon stöbert in alten Unterlagen. In der Anlaufstelle für ehemalige Heimkinder will er Betroffenen helfen.



Ort des Schreckens: Auch im Kinderheim in Waldbröl (rechts vorne im Bild) waren Misshandlungen an der Tagesordnung.



Der Kanzler und die strahlenden Kinder: Doch von Heiterkeit konnte vor und nach Adenauers Besuch in Niederdollendorf keine Rede sein.

schweigenden Öffentlichkeit.“

Zuhause liest sich Simon diese Passagen immer und immer wieder durch, dann stockt ihm kurz die Stimme, bevor er kaum hörbar diesen einen Satz sagt: „Wir haben uns so hilflos, so überflüssig gefühlt.“ Hilflös, weil weit und breit kein Beistand in Sicht war. Den Eltern wurde bei Besuchen erzählt, den Kindern gehe es gut. Überflüssig, „weil wir wie Menschen zweiter Klasse behandelt wurden und danach Schwierigkeiten hatten, im Arbeitsleben Fuß zu fassen.“

Nachdem seine Mutter herausfand, dass die Zustände in Waldbröl kaum erträglicher waren und

nerungen hat. „Gerade rund um Waldbröl gibt es eine schöne Landschaft, die Umgebung war immer sehr abenteuerlich.“ Wenn er im Oberbergischen Kreis durch die Wälder und Täler spaziert, kommen Gedanken an früher hoch, „natürlich tun sie das.“ Warum er überhaupt hin fährt? „Vor Ort kann ich die Erinnerungen besser verarbeiten.“ Es ist ein Prozess, der auch nach fünf Jahrzehnten noch nicht abgeschlossen ist, nicht nur bei Ernst-Christoph Simon.

Heute, nach seiner Pensionierung, sitzt er für die Grünen im Sozialausschuss der Städteregion und arbeitet als ehrenamtlicher Richter am Bundessozialgericht. „Weil ich anderen etwas geben möchte“, sagt Simon. Die beiden erwachsenen Töchter und sein Sohn sind sein Ein und Alles. „Als sie Kinder waren, habe ich ihnen lieber einen Wunsch zu viel als zu wenig erfüllt“, sagt Simon mit Blick auf seine eigene ruinierte Kindheit.

Was ihm bis heute ein steter Begleiter blieb, ist die Erinnerung in Form einzelner Bilder, Szenen. „Wenn zum Beispiel die Kellertür abgeschlossen ist, kommen auch jetzt noch automatisch Gedanken an früher zurück“, sagt er. Gedanken an den dunklen Kohlekeller von Niederdollendorf. Ansonsten galt das Motto: Verdrängen. Schweigen. Das ganze Leben lang. Und doch klingt Simon nicht wütend, wenn er sagt: „Ich konnte meiner Mutter keinen Vorwurf machen, sie hatte es ja auch schwer nach dem Krieg.“

Und jetzt, genau 50 Jahre nach dem Ende seines persönlichen Martyriums, gibt es tatsächlich Hoffnung, dass die Menschen für die Ungerechtigkeiten in den Erziehungsheimen Hilfe erfahren. Der Landschaftsverband Rheinland (LVR), der damals als Aufsichtsbehörde der Kinderheime im Rheinland fungierte, hat im Januar einen Arbeitskreis für die „Anlauf- und Beratungsstelle für ehemalige Heimkinder“ ins Leben gerufen. In dem fünfköpfigen Arbeitskreis sitzt: Ernst-Christoph Simon. „Machen wir uns nichts vor“, sagt er. „Wir sind kein Entscheidungsgremium. Wir können nichts fordern, vor allem kein Geld. Wir bieten aber etwas an: Hilfe.“

Und Hilfe werde gebraucht, denn Peter Möller, Leiter der Anlaufstelle, sagt: „Für Betroffene ist die Vorstellung, im Alter wieder ins Heim zu müssen, der blanke Horror.“ Insgesamt hätten sich bislang rund 400 ehemalige Heimkinder beim LVR gemeldet und um Unterstützung gebeten, davon 30 allein aus der Städteregion.

Gesucht werde das Gespräch mit Betroffenen, die sich womöglich erst jetzt, Jahrzehnte später, trauen, über ihre Erlebnisse in Kinderheimen zu sprechen. Simon soll als Mittler fungieren und helfen, Schwellenängste abzubauen. Er sagt: „Viele trauen sich nicht, von allein auf den LVR zuzugehen, da sie ja wissen, dass der Verband früher auch eigene Heime hatte.“

Wiederum andere, und das sei

das eigentliche Problem, erwarten nichts anderes als Geld. „Die meisten wollen keine Therapie- und Beratungsangebote“, sagt Simon. „Sie wollen eine Entschädigung.“ Simon hätte da nichts gegen, doch er weiß, dass das ein schwieriger und wahrscheinlich aussichtsloser Kampf werden könnte.

Entschädigung gibt es nicht

Eine Entschädigung wie beispielsweise bei den Zwangsarbeitern im NS-Regime gibt es nicht für Heimkinder, wohl aber einen Fonds, der sich daran orientiert, ob die Jugendlichen in den Kinderheimen nach der abgeschlossenen Schul Ausbildung, also nach Vollendung des 14. Lebensjahres, ohne den Schutz einer Rentenversicherung arbeiten mussten. Diese Leute erhalten 300 Euro monatlich, Rentenersatzzahlung heißt das. Dazu gibt es individuelle Fördermöglichkeiten, wenn ehemalige Heimkinder unter körperlichen Folgeschäden leiden.

„Die Vorgänge waren auch nach damaliger Rechtslage nicht mit dem Gesetz und nicht mit pädagogischen Überzeugungen vereinbar gewesen.“

AUSZUG AUS DEM ABSCHLUSSBERICHT DES RUNDEN TISCHES ZUR AUFARBEITUNG DER GESCHEHNISSE

Darauf hatte Ernst-Christoph Simon keinen Anspruch, er verließ Waldbröl, als er gerade 14 wurde...

Manche geben sich damit nicht zufrieden: In der vergangenen Woche scheiterte ein ehemaliges Heimkind mit seiner Verfassungsbeschwerde auf finanzielle Wiedergutmachung für erlittenes Unrecht. Der 62-jährige Kläger müsse sich mit seiner Schadensersatzklage zunächst an die Fachgerichte wenden, entschied das Bundesverfassungsgericht. Die Verfassungshüter betonten, dass sie nur auf Grundlage einer „fachgerichtlich gesicherten Beweislage“ entscheiden könnten, ob der Gesetzgeber Entschädigungsansprüche für ehemalige Heimkinder schaffen muss. „Sehen Sie“, sagt Simon, „genau darum geht es.“

Ihm aber geht es um mehr, nämlich um den persönlichen Austausch, um seelische Hilfestellung. „Ich möchte mithelfen, dass es bald umfassende Therapieangebote gibt. Aber das dauert.“

Wann er das nächste Mal in den Oberbergischen Kreis zurückkehrt, darüber hat sich Ernst-Christoph Simon auch schon so seine Gedanken gemacht. „Im Laufe der kommenden Wochen, wenn das Wetter mitspielt.“ Denn: „Da kann man so schön spazieren gehen.“

In diesem Moment lacht er. Die Gedanken an die Natur, die schönen Landstriche, die wenigen Momente, als er früher mit seinem Bruder ungestört spielen konnte, verwischen die Erinnerungen an acht schlimme Jahre. Für einen Moment zumindest.